

Die Zukunft der Industrie jetzt gestalten und sichern

Vorschläge zum Industriestandort Deutschland¹

Zeitenwende

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine stellt Deutschland und Europa vor enorme politische und ökonomische Herausforderungen. Die Sanktionen gegen Russland und die humanitäre und militärische Hilfe zur Verteidigung der Ukraine sind daher sinnvoll und notwendig.

Die Reduktion russischer Gaslieferungen und deren mögliche Einstellung ist Teil des laufenden Wirtschaftskrieges. Diese russische Strategie zielt auch auf die Erzeugung von Ängsten und die Schaffung von Raum für Populismus und soll demokratische Handlungsmöglichkeiten schmälern.

Zusätzlich zu den Folgen der Corona-Pandemie, unterbrochenen Lieferketten und Veränderungen der globalen Lieferbeziehungen sind Industrieunternehmen mit dramatisch steigen-

¹ Der DIHK macht sich nicht alle Aussagen zu eigen, sofern diese insbesondere nicht zu seinen satzungsrechtlich bzw. gesetzlich definierten Aufgabengebieten zählen.

den Energiepreisen, Knappheiten bei Rohstoffen und Zulieferprodukten sowie deren konjunkturellen Auswirkungen konfrontiert. Mit ihren Beschäftigten steht die deutsche Industrie zugleich mitten in der grünen und digitalen Transformation („Twin-Transition“).

Für den Wohlstand Deutschlands spielt die Industrie eine herausragende Rolle. Knapp ein Viertel des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) wird in der Industrie erwirtschaftet. Zählt man die industrienahen Dienstleistungen hinzu, ist es sogar rund ein Drittel des BIP. Deutschland wird auch in Zukunft ein wichtiges Industrieland bleiben. Gemeinsam mit den industrienahen Dienstleistungen bildet die Industrie den Wachstumskern unserer Volkswirtschaft.

Gemeinsam Verantwortung übernehmen

Wir sind überzeugt, dass wir ökologische Verantwortung, soziale Gerechtigkeit, stabile Finanzen und wirtschaftlichen Erfolg mit Investitionen in eine erfolgreiche, nachhaltig wirtschaftende Industrie verbinden können. Dafür tragen wir gemeinsam Verantwortung. Dabei orientieren wir uns an folgenden gemeinsamen Leitmotiven. Wir wollen

- **die Zukunft der Industrie jetzt gestalten und sichern.**

Dafür müssen wir die Transformation auch in der Krise als Chance nutzen, um den Industriestandort langfristig zu stärken. Wir wollen die Vielfalt und Leistungsfähigkeit der industriellen Wertschöpfungsnetzwerke in unserem Land zukunftsfähig gestalten, die Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft stärken und sie im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit weiterentwickeln. Die Ausrichtung auf klimaneutrale Zukunftsmärkte kann durch neue industrielle Wertschöpfung Arbeitsplätze schaffen und erhalten.

- **eine international wettbewerbsfähige Industrie, welche die Transformation hin zur Treibhausgas (THG)-Neutralität erfolgreich bewältigt.**

Die Transformation hin zur treibhausgasneutralen Industrie setzt den massiven Ausbau erneuerbarer Energien und entsprechender Netzinfrastrukturen sowie Anschlüsse voraus. So können international wettbewerbsfähige Energiekosten die Produktion am Standort Deutschland sicherstellen. Innovationen und Investitionen sind Grundvoraussetzung, damit die grundlegende Transformation von industriellen Produktionsprozessen gelingen kann. Sie bauen auf Lösungen der Energieeinsparung, Dekarbonisierung, Elektrifizierung, Kreislaufwirtschaft sowie dem Einsatz von Wasserstoff und in den (im industriellen Bereich wenigen) schwierig zu dekarbonisierenden Prozessen auf der Abscheidung, Nutzung und Speicherung von CO₂ (Carbon Capture and Utilisation / Storage) sowie ergänzend auf der Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre auf. Die Entwicklung und Produktion marktreifer, klimaneutraler Produkte und Technologien müssen einen bedeutenden Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten. Damit die mit hohen Investitionen und anfangs deutlich höheren Betriebskosten verbundenen Technologien in den anstehenden Reinvestitionsfenstern zum treibhausgasneutralen Umbau ihrer Produktionsanlagen konsequent genutzt werden,

sind fördernde und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen und Anreize erforderlich. Innovationen können neben dem Klimaschutz zu Fortschritt, Ernährungssicherheit und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen beitragen.

- **für eine nachhaltige europäische Industriepolitik eintreten.**

Die aktuelle EU-Industriestrategie steht in direktem Kontext der übergeordneten europäischen Leitstrategien „Green Deal“ und „Digital Decade“ und ist somit auf die Erfüllung der anspruchsvollen Ziele der wirtschafts-, energie- und klimapolitischen Prioritäten der EU ausgerichtet. Zentrale Aufgabe ist die konkrete Umsetzung der EU-Industriestrategie in der Form, dass einerseits Wettbewerbsfähigkeit und der für die Industrie wichtige Planungsrahmen gestärkt bzw. gestellt und andererseits die Transformationsprozesse nachhaltig und sozial gerecht gestaltet werden. Im Ergebnis sollten die industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung aus der ökologischen und digitalen Transformation gestärkt hervorgehen.

Eine wettbewerbsfähige, klimaneutrale europäische Industrie trägt maßgeblich zu einem weiteren Ziel der EU bei: Die strategische Souveränität einschließlich der technologischen und digitalen Souveränität soll erhöht werden. Darüber hinaus sollen bürokratische Vorgaben entschlackt werden, damit in ganz Europa Genehmigungen von Industrieanlagen zügig, rechtssicher und mit verhältnismäßigem Aufwand erteilt werden können.

Wir sind besorgt über den im August 2022 in den USA verabschiedeten Inflation Reduction Act (IRA). Das Gesetz der USA fügt sich ein in einen weltweiten Trend, die Wertschöpfung in den Bereichen Erneuerbare Energien und E-Mobilität zu lokalisieren. Der IRA wird voraussichtlich Auswirkungen auf Investitionen am Standort Deutschland und Europa haben. Europa hat sich stets für gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen eingesetzt, um Investitionen zu ermöglichen und erwartet dasselbe von seinen engsten internationalen Partnern. Es bedarf insbesondere auf europäischer Ebene Gesprächen mit den USA, um eine gemeinsame Lösung zu suchen. Darüber hinaus müssen mit unseren europäischen Partnern mögliche Initiativen untersucht werden, um die Investitionsbedingungen in Europa weiter zu fördern.

Gemeinsam die Zukunft der Industrie gestalten

Im Rahmen einer Dialoginitiative wollen wir die drängendsten Handlungsfelder für die Zukunft der Industrie mit sicheren und gut bezahlten Arbeitsplätzen diskutieren.

Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen verlässlich sichern

- Angesichts der dramatischen Lage an den Energiemärkten müssen alle Sektoren ihren Beitrag leisten, damit die Gasmangellage verhindert werden kann. Dabei hat die Industrie ihren Verbrauch in den letzten Monaten um 20 Prozent gesenkt. Teile dieser Einsparungen gehen jedoch auch auf Produktionseinschränkungen zurück. Es muss

aber vermieden werden, dass Industrieunternehmen ihre Produktion dauerhaft einstellen und Arbeitsplätze in Deutschland und der EU verloren gehen. Besonderes Augenmerk gilt energieintensiven Unternehmen.

- Auf mittlere Sicht gilt es, ein Konzept zu entwickeln, mit dem sichergestellt werden kann, dass die energieintensiven Branchen auch in einer Welt, in der die Erneuerbaren Energien für unsere Energieversorgung tonangebend sind, international wettbewerbsfähige Energiepreise in Deutschland vorfinden.
- Es muss mehr Tempo bei der Planung und Genehmigung energierelevanter Investitionsprojekte erreicht werden, gerade auch, um das Ziel der Klimaneutralität nicht aus dem Blick zu verlieren.
- Die Fertigungskapazitäten für erneuerbare Energieerzeugungsanlagen müssen (wieder-)aufgebaut bzw. erheblich erweitert werden. Deutschland hat daher in der Sitzung des Wettbewerbsfähigkeitsrates vom 29.9.2022 den Vorschlag einer „Europäischen Plattform für Transformationstechnologien“ eingebracht und gegenüber EU-Mitgliedsstaaten und der Kommission für Unterstützung geworben. Übergeordnetes Ziel der Plattform ist der zügige Ausbau von industriellen Produktionskapazitäten in für die Energiewende zentralen Transformationstechnologien (z.B. Photovoltaik, Wind, Wärmepumpen, Brennstoffzellen sowie deren Komponenten). Die Einrichtung einer europäischen Plattform unter Führung der Europäischen Kommission und unter Einbindung der Industrie kann diesen Prozess beschleunigen und stärken.
- Darüber hinaus müssen die Entwicklung, der Aufbau und der Einsatz von Substitutions- und Effizienztechnologien sowie Technologien der Sektorenkoppelung in Deutschland sichergestellt werden.
- Die Maßnahmen des „Osterpaketes“ zur Zielnetzplanung (Strom, Gas/Wasserstoff) müssen mit Blick auf die notwendige Dekarbonisierung von Produktionsprozessen und Produkten, Förderung von Wasserstoffherzeugung und Investitionen in den Ausbau von Elektrolyseurkapazitäten schnell umgesetzt werden. Die zeitnahe und ausreichende Verfügbarkeit von Anschlüssen an die Zukunftsnetze (Strom, Wasserstoff, CO₂, Wärme/Kälte) sind von höchster Priorität. Das Zustandekommen eines „Klimaclubs“, der durch internationale Kooperation und technologischen Austausch die größte Aufgabe unserer Zeit gemeinsam angeht, ist von zentraler Bedeutung. Zudem werden diese internationalen Anstrengungen gebraucht, um mögliche Handelskonflikte zu entschärfen, Standards zu vereinbaren und grüne Märkte zu etablieren. Damit vergleichbare Wettbewerbsbedingungen, insbesondere für die energieintensive Industrie, in der Transformation gewährleistet sind, bleibt ein wirksamer Carbon-Leakage-Schutz von großer Bedeutung. Die Energiewende muss durch eine resiliente und diversifizierte Energieversorgung Deutschlands und Europas und neue globale Energiepartner künftige (Import-)Abhängigkeitsrisiken senken. Erdgas wird in der Transformation zu einer klimaneutralen Energieversorgung eine unverzichtbare Rolle spielen; daher muss intensiv an der Erschließung alternativer Bezugsquellen gearbeitet werden. Neue Infrastruktur muss allerdings so gebaut werden, dass sie auf grünen Wasserstoff umgestellt werden kann, wo immer dies technisch machbar ist.

- Die Versorgungssicherheit, auch bei Last- und Leistungsschwankungen, muss gewährleistet sein. Hierfür kann die anstehende Weiterentwicklung des Strommarktdesigns im Rahmen der Plattform Klimaneutrales Stromsystem (PKNS) für die Zukunft einen wichtigen Beitrag leisten.

Resilienz und strategische Souveränität steigern, Anpassung an den Klimawandel als strategische Herausforderung angehen

- Schlüsseltechnologien, die Produktion essenzieller Vorprodukte und der Aufbau neuer möglichst europäischer Wertschöpfungsnetzwerke (u.a. Mikroelektronik) müssen unterstützt werden, auch in Form weiterer IPCEI-Projekte im EU-Kontext. Deutschland begrüßt auch den Vorschlag der Europäischen Kommission für einen European Chips Act, der es Mitgliedstaaten ermöglicht, private Investitionen in den Aus- und Aufbau von Design-, Entwicklungs- und Produktionskapazitäten für Halbleitertechnologien in der EU zu unterstützen. Deutschland verhandelt den Chips Act unter der Zielsetzung, dass der Chips Act zur Stärkung des Investitionsstandorts EU und zur Steigerung des EU-Marktanteils auf 20 Prozent bis 2030 beiträgt.
- Resilienz und strategische Souveränität müssen gesteigert werden, insbesondere durch die erfolgreiche Gestaltung der grünen Transformation, die weitere Vertiefung des europäischen Binnenmarkts einschließlich der Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Auch die Stärkung der technologischen und digitalen Souveränität, die Diversifizierung von Produktionsverfahren sowie von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen (neue, Nachhaltigkeits- und Sozialstandards berücksichtigende Handels- und Investitionsabkommen), eine wettbewerbsfähige Grundstoffproduktion und die Stärkung des europäischen Zusammenhalts sind dafür essenziell.
- Ein starker Industriestandort Deutschland benötigt auch weiterhin Zugang zu Exportmärkten und den Abbau von Handelshemmnissen sowie ein starkes regelbasiertes Handelssystem. Ein stringenter Einsatz der bestehenden europäischen Handelsschutzinstrumente ist dringend erforderlich.
- Um Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung an deutschen und europäischen Standorten zu erhalten, gilt es, die Anpassung an aktuelle und zukünftige Krisensituationen und an den Klimawandel als strategische Herausforderung anzugehen. Hierfür muss Resilienz in den Unternehmen geschaffen und gestärkt und die Umsetzung passgenauer Anpassungsmaßnahmen unterstützt werden. Dazu gehören u.a. die Stärkung der Verfügbarkeit von Rohstoffen und der Funktionsfähigkeit von Lieferketten, beispielsweise durch Diversifizierung. Ereignisse wie das Niedrigwasser im Sommer 2022 bedrohen die inländische Rohstoff- und Grundmaterialversorgung. Auf nationaler Ebene müssen insbesondere die nötigen Infrastrukturmaßnahmen veranlasst werden, um die Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung in der Industrie abzumildern.

Rohstoffstrategie weiterentwickeln

- Eine nachhaltige Rohstoffgewinnung und -verarbeitung in Deutschland und Europa, die Kreislaufwirtschaft sowie die Diversifizierung von Rohstoffquellen und die Forschung an innovativen Rohstoffprojekten und Produktionsverfahren müssen gestärkt werden, Zugänge zu Rohstoffen aus dem Ausland müssen verbessert werden, Nachhaltigkeit im Bergbau muss u.a. entwicklungspolitisch gefördert und Handelsbarrieren müssen abgebaut werden. Die Gewinnung von und der faire Handel mit Rohstoffen muss geopolitische Realitäten ebenso berücksichtigen wie praktikable und wirksame unternehmerische Sorgfaltspflichten sowie internationale Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards.
- Es bedarf einer ganzheitlichen politischen Strategie bei der Rohstoffversorgung und einer klaren Priorisierung der rohstoffpolitischen Handlungsfelder mit dem Ziel, nachhaltige, integrierte Wertschöpfungsketten von der Förderung über die Weiterverarbeitung bis zur industriellen Fertigung in Europa aufzubauen, die weitgehend geschlossene Rohstoffkreisläufe haben. F&E im Bereich Substitution kritischer Rohstoffe, Recyclingtechnologien und Kreislaufwirtschaft muss ausgebaut und strategische Rohstoffprojekte im In- und Ausland sollen staatlich unterstützt werden.
- Die Langlebigkeit, Reparaturfreundlichkeit und die Recyclingfähigkeit von Produkten muss verbessert werden, um die Kreislaufwirtschaft auszubauen und mit konkreten Maßnahmen zu unterstützen.
- Erforderlich ist die Stärkung der Deutschen Rohstoffagentur (DERA), die die internationalen Rohstoffmärkte kontinuierlich analysiert und bewertet, um kritische Abhängigkeiten frühzeitig zu identifizieren und rechtzeitig politische Maßnahmen zu deren Vermeidung vorzuschlagen. Dazu gehört auch eine aktivere Rohstoffaußenpolitik, die an der Stärkung von Resilienz und strategischer Souveränität sowie an Nachhaltigkeits- und Klimazielen ausgerichtet ist. Erforderlich ist auch die Stärkung der heimischen nationalen und europäischen Rohstoffförderung, u. a. durch Beschleunigungen bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Transformation beschleunigen und "Innovations-Turbo" zünden

- Eine digitale und souveräne Industrie mit ihren zahlreichen mittelständischen Unternehmen braucht eine durchgängige Datenvernetzung. Hierfür müssen kooperative und neue Modelle der Zusammenarbeit entwickelt werden, um datengetriebene Lösungen und Geschäftsmodelle auf breiter Ebene zu ermöglichen. Voraussetzung sind Industrie 4.0-Standards sowie die Etablierung eines souveränen Datenraums „Manufacturing-X“ für die Industrie. Somit werden Resilienz, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gestärkt.
- Um den „Innovations-Turbo“ zu zünden – und Vorreiter bei Spitzentechnologien zu werden – ist die stärkere Vernetzung von Fachkräften aus der Wirtschaft mit der Wissenschaft, der weitere Abbau von bürokratischen Hürden rund um den Innovationsprozess und die Schaffung neuer und innovationsfreundlicher Möglichkeiten für technologieoffene Reallabore notwendig.

- NewSpace, die Kommerzialisierung von Raumfahrt und ihre zunehmende Verzahnung mit der Non-Space-Wirtschaft, ist im digitalen Zeitalter Schlüssel für Zukunftstechnologien. Eine NewSpace Kleinsatelliten-Initiative könnte die gesamte Raumfahrt-Wertschöpfungskette in Deutschland nachhaltig stärken.
- Das Programm zur Förderung der Dekarbonisierung in der Industrie durch Klimaschutzverträge soll bis Ende 2022 realisiert werden. Parallel dazu wird der Hochlauf „grüner“ Leitmärkte vorbereitet. Deutschland muss hier Vorreiter sein. Nationale Initiativen sollten so ausgestaltet werden, dass sie auf internationaler und europäischer Ebene anschlussfähig sind.
- Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ist neben der verlässlichen Finanzierung notwendiger Infrastrukturvorhaben ein wesentlicher Pfeiler auf dem Weg in eine dekarbonisierte Industrie. Eine Modernisierung der nationalen Planungs- und Genehmigungsverfahren sollte dabei mit einem Austausch zu einem entsprechenden EU-Rechtsrahmen (europäisches Umweltrecht) auf europäischer Ebene einhergehen. Um Wertschöpfung und Beschäftigung im Industrieland Deutschland zu sichern, ist die Beschleunigung von Planungsverfahren als Bestandteil einer aktiven Klima-, Industrie-, Energie- und Strukturpolitik zu verstehen. Außerdem sollte besonderes Augenmerk auf eine zügige und umfassende Digitalisierung der Verwaltungsverfahren und auf hinreichende personelle Kapazitäten in den Behörden gelegt werden, damit Prüfungen und Entscheidungen schneller getroffen und wo geboten Verfahrensstufen reduziert und verzahnt werden. Aktuell benötigen viele Betriebe schnelle und unbürokratische Genehmigungsverfahren beim Brennstoffwechsel von Gas auf einen anderen Energieträger.
- Wir müssen die sich aus der EU ergebenden Chancen und Risiken noch stärker in den Blick nehmen und den EU-Binnenmarkt stärken. Denn von einem innovationsstarken Europa profitiert gerade Deutschland als industrieller und innovativer Motor der EU in besonderem Maße. Neben den Schlüsseltechnologien müssen vermehrt auch digitale Technologien wie KI und 6G zentrale Elemente eines Modernisierungsschubs sein. Die Datenwirtschaft muss angekurbelt werden, ohne dass durch Regulierung Rechtsunsicherheiten geschaffen und digitale Geschäftsmodelle in der Industrie erschwert werden, denn sie ermöglicht es Unternehmen jeglicher Größe an der Wertschöpfung der digitalen Wirtschaft teilzuhaben. Gezielte Investitionen in Technologien, die Digitalisierung und Nachhaltigkeitsziele verbinden, wie beispielsweise Smart Grids und Smart Mobility, müssen mit Kraft vorangetrieben werden.
- Die rasanten technologischen Entwicklungen unter anderem im Bereich der Hochleistungsrechner (High Performance Computing, HPC), der Quantentechnologie und im Edge Computing können in Verbindung mit der deutschen Industriekompetenz starke Katalysatoren für positive Entwicklungen sein, an denen der Industriestandort Deutschland eine zentrale Gestaltungsrolle innehat.

Investitionen – Die Chance zum Aufbruch nutzen

- Ausreichende und zielgerichtete öffentliche Investitionen müssen ermöglicht und umgesetzt werden, auch um bessere Rahmenbedingungen für solche privaten Investitionen in Infrastruktur zu schaffen, die die Basis für die Energie- und Antriebswende im Verkehr bildet (insbesondere bei Strom- und Wasserstoffnetzen, Ladeinfrastruktur). Die derzeitige Ausbaugeschwindigkeit der Ladeinfrastruktur muss verfünffacht werden, wenn das Ziel von 1 Mio. öffentlich zugänglichen Ladepunkten bis 2030 erreicht werden soll. Um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen, müssen allein im Übertragungsnetz bis 2035 ca. 12.800 Trassenkilometer ausgebaut werden.
- Die Finanzierung sehr umfangreicher unternehmerischer Investitionen in die “Twin-Transition“, die grüne und digitale Transformation, ist sehr anspruchsvoll. Neben der Innenfinanzierung aus Gewinnen werden die Finanzierungen über Kredite, Anleihen und Aktien in den nächsten Jahren vermutlich deutlich ansteigen und dann auf hohem Niveau fortbestehen müssen. Mit Blick auf die gewaltigen Dimensionen der Transformation und deren Finanzierung sollte die deutsche und europäische Politik daher neben der Finanzmarktstabilität auch die Rahmenbedingungen für externe Finanzierungen bei allen wirtschaftspolitischen und regulatorischen Änderungen im Blick behalten.
- Die Rahmenbedingungen für private Investitionen sowie die kommunale, digitale und Verkehrsinfrastruktur und das Bildungssystem müssen so verbessert werden, dass Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit in punkto Produktivität und Wertschöpfung gestärkt sowie die Rahmenbedingungen für industrielle Wertschöpfung, Investitionen und Fachkräfte verbessert werden.
- Innovative und im Vergleich zu anderen Sektoren kostengünstige Wege der CO₂-Vermeidung zur Erreichung der Klimaziele in Gebäuden sind die Senkung der Energieverbräuche sowie die Transformation der Wärmeerzeugung von individuellen auf fossilen Brennstoffen basierenden Systemen auf Wärmepumpen, Photovoltaik, Solarthermie und Wärmenetze, mit der eine Steigerung der Energieeffizienz einhergehen muss, gekoppelt mit einer kommunalen Wärmeplanung, die Verlässlichkeit und Investitionssicherheit für Industrie und Haushalte bringt. Wichtig sind hier die Entwicklung neuer Prozesse, Materialien und Anlagekonzepte für die Gebäudesanierung. Die Ausstattung von Gebäuden mit vernetzbaren Lösungen wie Energiemonitoring, Sensoren, Steuerungen und Gebäudemanagementsystemen ermöglichen es den Gebäudenutzenden und -verwaltenden, den Energieverbrauch auf der Grundlage von Echtzeitinformationen auszuwerten, zu steuern und zu optimieren. Darüber hinaus können mit steuer- und regelbaren Geräten Überlastungen des Stromnetzes vermieden und das Angebot mit der Nachfrage optimal verknüpft werden. Die energetische Sanierung von Gebäuden und der Ausbau erneuerbarer Energien müssen dafür beschleunigt und weiterhin zielgerichtet gefördert werden. Die Kosten dafür dürfen, insbesondere bei einkommensschwachen Eigentümern und Mietern, wo Verdrängung aus Wohnungen droht, nicht zu sozialen Schieflagen führen.

Fachkräftemangel entgegenwirken

- Die Verfügbarkeit von gut ausgebildetem Fachpersonal wird zu einem zentralen Erfolgsfaktor der Transformation. Dank technologieoffener Ausbildungsordnungen und neuer Standardberufsbildpositionen zu Digitalisierung und Nachhaltigkeit erfolgt die Ausbildung auf dem Stand der Technik – Anpassungen von Berufsbildern erfolgen laufend entsprechend dem betrieblichen Bedarf. Die Berufsschulen benötigen jedoch massive Investitionen in Infrastruktur, Fachpersonal und Qualifizierung.
- Die Berufsorientierung in allen Schulformen, auch den Gymnasien, muss verbessert und ausgebaut werden, um die Chancen und die Attraktivität der dualen beruflichen Ausbildung und betrieblichen Fortbildung zu vermitteln und Bewerberinnen und Bewerber zu gewinnen.
- Um das inländische Erwerbspersonenpotenzial auszuschöpfen muss eine Verringerung der Schulabbrecherquoten, Stärkung des MINT-Nachwuchses, Förderung von Diversity sowie Talenten auf allen Ebenen und in allen Lebenssituationen erreicht werden. Zugleich muss auch die Erwerbsmigration aus Drittstaaten vereinfacht und die Zuwanderung konsequent am Arbeitsmarkt ausgerichtet und fair gestaltet werden.

Gemeinsam über die Industrie reden: Dialog - Initiative

Wir starten im November 2022 auf Basis dieser Vorschläge eine Dialog-Initiative. Ziel ist es, über die Bedeutung und Perspektiven der industriellen Wertschöpfung mit qualifizierten Arbeitsplätzen, die Herausforderungen und Chancen der Transformation und unsere Leitmotive zu diskutieren.

In der Industriekonferenz unseres Bündnisses am 29. November 2022 werden wir unsere Ergebnisse und unsere nächsten Schritte präsentieren.